



Zeitung der MLPD Zollernalb

**Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands
Dezember 2013, Spendenpreis 20 Cent**

Philippinen, Sardinien, USA Taifune, Starkregen, Hochwasser, Dürren, Feuerstürme

...bringen tausendfachen Tod, Zerstörung und Elend – unsere Erde befindet sich im Übergang zur Umweltkatastrophe.

Doch die diesjährige UN-Klimakonferenz in Warschau (Polen) endete ohne eine einzige konkrete Vereinbarung zur notwendigen drastischen Senkung der Treibhausgase. Bestätigt wurde lediglich ein unverbindlicher "Fahrplan", nach dem 2015 in Paris ein neues Klima-Abkommen vereinbart werden soll, das wiederum erst 2020 in Kraft tritt. Ein bisher nicht einmal gegenfinanzierter "Warschauer Mechanismus" verspricht ärmeren Staaten Finanzhilfen für Schäden durch regionale Katastrophen - ganz im Sinne der imperialistischen "Anpassungspolitik", die den Übergang in die globale Umweltkatastrophe in Kauf nimmt. Der Warschauer Gipfel dokumentiert damit das vollständige Scheitern der herrschenden Umweltpolitik. Das zeigt: Auf die Vernunft der Herrschenden und ihren „sozial-ökologischen Umbau“ zu setzen ist eine Illusion!



Weltweit aktiver Widerstand zum Schutz der natürlichen Umwelt! Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft!

Die Regierungen, bürgerlichen Politiker und Medien reden von „Klimawandel“, auf den man sich eben einstellen müsse. Das ist eine gewaltige Verharmlosung. In Wirklichkeit befindet sich unser Planet mitten im Übergang zu einer globalen Umweltkatastrophe, welche die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört.

- Die Erwärmung der Erde und der Weltmeere setzt sich fort, der Meeresspiegel steigt und wird ganze Länder verschlingen. Eigendynamik und Rückkoppelungen verstärken den Treibhauseffekt und die Erwärmung.
- Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde so viel CO₂ in die Luft geblasen. Doch die Energie-, Öl-, Kohle-, Gas- und Auto-Monopole setzen weiter auf die Verbrennung fossiler Energieträger.
- Die Verschmutzung der Weltmeere ist dramatisch – die Meere dienen als industrielle Müllkippe, Millionen Tonnen Plastik aus der irrsinnigen Wegwerfproduktion schwimmen herum und töten die Meerestiere.
- Die atomare Verseuchung wächst. Radioaktivität kennt keine Grenzen und es gibt kein „Endlager“ für den Atommüll. Fukushima ist immer noch nicht unter Kontrolle. Trotzdem: die Atomindustrie setzt weiter auf diesen nicht beherrschbaren Wahnsinn. Derzeit planen 26 Länder 156 neue Atomkraftwerke. (Ende 2012 waren 437 in Betrieb und 68 in Bau).
- Die allseitige Vergiftung durch Gifte in Luft, Wasser, Boden und Nahrungsmittel bedrohen Gesundheit und Leben der Menschen.
- Die unsinnige Wegwerfproduktion vergeudet Energie und Rohstoffe und läßt die Erde zu einer Müllkippe verkommen.

Umstellung auf erneuerbare Energien! Für eine wirkliche Energiewende! Für Kryorecycling und Kreislaufwirtschaft! Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit!

Der Kapitalismus ist unvereinbar geworden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die chronische Überakkumulation des Kapitals, der Zwang zu Maximalprofiten und Beherrschung des Weltmarktes der 500 größten Übermonopole zwingt sie zu einer rücksichtslosen Plünderung und Zerstörung unseres Planeten. Erst in einer von Ausbeutung und Raubbau an Mensch und Natur befreiten Gesellschaftsordnung ist eine Produktions- und Lebensweise möglich, die die Einheit von Mensch und Natur zur Grundlage macht. Das ist der echte Sozialismus.

**Stärkt die MLPD – die Partei des radikalen
Umweltschutzes!**

Warum Umweltgewerkschaft?

Interview mit Renate Schmidt

Auf Zack: Du bist Mit-Initiatorin einer Umweltgewerkschaft, worum geht es dabei?

Renate Schmidt: Die Idee der Umweltgewerkschaft ist, dass Umwelt- und Arbeiterbewegung zusammengeführt werden. Ähnlich existenziell, wie sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vor mehr als 150 Jahren zu Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um sich gegen soziale Ausbeutung zu verteidigen, würde eine Umweltgewerkschaft zur Verteidigung der Lebensgrundlagen der Menschheit der heutigen Dramatik der Umweltzerstörung entsprechen. Mit dem Begriff „Gewerkschaft“ verbinde ich Kampfgeist, Solidarität, Überparteilichkeit, demokratische Kultur und dass man die Konzerne und Banken und die ihnen hörigen Regierungen angreift. Die Arbeiterklasse muss ihre Kraft in die Wagschale werfen und die Führung übernehmen im Kampf zur Rettung der Umwelt. Auch ist der Gewerkschaftsgedanke auf internationales Denken und Zusammenschluss ausgerichtet.

Auf Zack: Die DGB-Gewerkschaften könnten dies als Konkurrenz sehen?

Renate Schmidt: Nein, das ist keine Konkurrenz, sondern eine heute notwendige Ergänzung. Das internationale Finanzkapital, also die 500 größten weltweit agierende Übermonopole, beuten Mensch und Natur gleichermaßen aus. Mit diesen Monopolen muss man sich anlegen. Das ist der Grundgedanke jeder Gewerkschaft. Die existierenden Gewerkschaften verteidigen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die Umweltgewerkschaft verteidigt die Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie soll Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler, Umweltaktivisten und Kleinunternehmen umfassen.

Auf Zack: Wie wird diese Umweltgewerkschaft aufgebaut?

Renate Schmidt: Das Ziel ist die Gründung Ende 2014. Bis dahin sollen bundesweit 5000 Initiatoren gewonnen werden, bisher gibt es bundesweit ca. 350 Initiatoren und 650 weitere Interessenten. Bei unserem Infostand am Weltklimatag in Ebingen haben wir weitere gewonnen, sodass wir nächstes Jahr vor Ort mit Initiatorentreffen beginnen können. Eine bundesweite Koordinierungsgruppe, welche im Mai 2013 in Schwerte auf einer Versammlung von 320 Teilnehmern gewählt wurde, koordiniert den Prozess des Aufbaus bundesweit. Für Fragen und als Anlaufstelle zum Mitmachen stehe ich gerne zur Verfügung. (siehe Kontaktadresse)



Ich habe als Direktkandidatin der MLPD im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen zu den Bundestagswahlen kandidiert und Thomas Voelter auf der Landesliste der MLPD. Die Wählerinitiative Renate Schmidt & Thomas Voelter hat einen tollen Straßenwahlkampf gemacht. Für Thomas Voelter und mich waren die Umwelt- und Gesundheitspolitik Schwerpunkte.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bedanken bei allen, die mitgemacht haben und natürlich auch für jede Stimme. Mit 544 Erststimmen und 198 Zweitstimmen haben wir ein gutes Wahlergebnis erzielt und ich denke, darin kommt auch eine Unterstützung für unsere konsequente Haltung in der Umweltpolitik zum Ausdruck.

Auf Zack: Vielen Dank für das Gespräch.

Strompreiserhöhung und Lügen für uns!

Derzeit flattern Briefe in die Haushalte mit einer erneuten Strompreiserhöhung. Dreist wird behauptet, die erneuerbaren Energien seien schuld an Preiserhöhungen, die Energiewende sei nicht bezahlbar und müsse verlangsamt werden. In Wirklichkeit wollen die Monopole weiter auf Atom und fossile Verbrennung setzen. Deshalb bremst die Regierung die Energiewende aus. Die Stromrechnung ist mit Absicht kompliziert. Die wirklichen Profiteure werden verschleiert. Auch die Zusammensetzung der EEG-Umlage ist so kompliziert, dass wir nicht durchblicken sollen. Dann wird uns eingehämmert: „Teurer Ökostrom, teure Energiewende.“ In Wirklichkeit gehen tatsächlich nur 25 Prozent der EEG-Umlage an die kleinen Ökostromanlagen. 75 Prozent der EEG-Umlage reißen sich die Großunternehmen unter den Nagel. Das sind zum einen die Energiemonopole selbst und zum anderen die Großindustrie, die von der EEG-Umlage befreit werden.

Eigene Rechnung aufmachen – kommunale Opposition stärken!

Gedanken des ehemaligen Stadtrats Thomas Voelter zur Haushaltsdebatte in Albstadt

„Zukunftsfähig“ wollen sie Albstadt machen, die Stadtoberen und ihre Gefolgschaften im Gemeinderat. Und wir seien auf „dem besten Weg“ dahin, beweihräuchern sie sich schulterklopfend.

Welche Zukunft? Wessen Zukunft?

Als Hausarzt erlebe ich immer mehr Mitmenschen, die die wachsende Arbeitshetze kaputt macht; andere leiden unter ihrer Entlassung. Krankheit, Billigjob, Hartz IV – Zukunft?

Aber der in des OB`s Haushaltsrede lobend erwähnte „Weltmarktführer“ in Sachen Strickmaschinen wird noch geehrt für ca. 230 Entlassungen, für über vier Millionen Profit schon wenig später. Eine zweistellige Millionensumme hatte er sogar noch an Gewerbesteuer-schulden von den Stadtoberen erlassen bekommen. Ein anderer lobend erwähnter „Weltmarktführer“ in Sachen Stricknadeln profitierte von Millionen an Steuergeldern für seinen damaligen „Masterplan“. Um wenig später über 180 Kollegen zu entlassen und mit Security-Leuten vors Tor bringen zu lassen.

Sozialer Wohnungsbau? Fehlanzeige!

Für diese „ehrenwerte Gesellschaft“ wird jetzt noch mit Millionen unserer Steuergelder eine „Technologiewerkstatt“ errichtet, als „Leuchtturmprojekt“ von Brüssel gefördert. Von Schaffung von mehr Arbeitsplätzen ist keine Rede. Den „Herrenreitern“ wird der Steigbügel gehalten für ihre Profitjagd in Sachen industrielle Textilien.

Besonders Familien mit Kindern können die steigenden Kosten für Miete und Nebenkosten kaum mehr stemmen. Aber der OB lobt die erfreuliche Entwicklung für die Vermieter; und die AS-Wohnbau baut weiteren Wohnraum zurück, was die Mieten weiter steigen lässt.

Marode Straßen, Fabrikbrachen, Altersarmut

Bei Hausbesuchen fahre ich über marode Straßen besonders in Wohngebieten, Fabrikbrache



Schon 1994 waren Kürzungen Thema
Karikatur aus damaligem Wahlprogramm

an Fabrikbrache, leerstehende Häuser, leere Ladenschaufenster. Ich erlebe ältere Mitmenschen, die mit kleiner Rente am Rande der Armut leben. Jüngere erzählen, dass das Arbeitsamt überwiegend nur noch an Leihfirmen vermittelt und sie so kaum über 1000.- Euro netto heimbringen. „Wie soll ich so eine Familie gründen?“ Übrigens: der als Großtat der bald neuen CDU-SPD-Regierung in Berlin herausgeputzte „Mindestlohn“ bringt netto sogar noch weniger. Ehemalige Textilerinnen plagen sich mit miesen Billigjobs herum, um das karge Familieneinkommen aufzubessern.

Aber statt z. B. wie von mir und Frau Kasprick viele Jahre als ZUG-Gemeinderäte gefordert, wenigstens die Kindergartengebühren abzuschaffen, werden sie in trauter Einheit von CDU, FDP und Freien Wählern stufenweise weiter erhöht. Ehemals blühende Stadtteile verkommen. Ein Skandal, was nicht nur ein Leserbrief aus Peffingen vor kurzem im ZAK äußerte. Völlig zurecht! Aber bei Infrastrukturmaßnahmen soll laut OB jetzt „der Rückwärtsgang eingelegt“ werden.

Schuldenabbau – in wessen Interesse?

Ein riesiger Investitionsstau auf zahlreichen Gebieten besteht in unserer Stadt. Aber statt z. B. einen Schuldenschnitt gegenüber den Banken vorzunehmen (was ZUG-Albstadt in den beiden letzten Haushaltsjahren forderte) und den im Vergleich sehr niedrigen und seit Jahrzehnten nicht erhöhten Hebesatz für die Gewerbesteuer zu erhöhen, werden Millionen Schulden auf Kosten der Masse der Albstädter abgebaut.

(Fortsetzung Seite 6)